

Ersten Weltkrieges und Litauen abgeschlossenen Staatsvertrages und eines ihm beigegebenen Verfassungswerks gewährt worden war. Die litauischen Übergriffe und der ihnen gegenüber geleistete Widerstand der weit überwiegend deutschen Bevölkerung des Memellandes führten zu heftigen Auseinandersetzungen, deren Kulminationspunkt der Vf. in dem Kownoer Kriegsgerichtsprozeß 1934/35 erkennt. Gewissenhaft geht der Vf. den Einzelvorgängen nach, deren richtige Beurteilung nur möglich ist, wenn sie, wie es hier geschieht, in ihrem Gesamtzusammenhang gesehen werden, und zwar eben auf dem Hintergrunde jenes Spannungsfeldes, das zwischen Memel und Kowno bereits lange bestand, bevor im Memelgebiet nationalsozialistische Einflüsse in Erscheinung zu treten begannen, die einseitig in der 1948 angenommenen Heidelberger Dissertation des ehemaligen litauischen Staatsanwalts und Verfassers der Anklageschrift des Kownoer Prozesses in den Vordergrund gestellt worden sind. Einer eingehenden Kritik unterzieht Plieg jene Anklageschrift und kommt zu dem Schluß, daß durch sie kein Nachweis für deutsche Aufstandsvorbereitungen und einen „Fememord“ erbracht worden ist. Unter Beachtung der Auswirkungen außenpolitischer Ereignisse auf die litauische Politik und diplomatischer Vorgänge wird vom Vf. die Rückgliederung des Memellandes in das Reich und das ihr unmittelbar vorangehende Geschehen dargestellt, wobei die letzte Landtagswahl wie die erste des Jahres 1925 einem Volksentscheid gleichgestellt und bestätigt wird, daß völkerrechtlich die Rückgliederung nicht anzufechten ist.

Koblenz

Hans Hopf

**Joachim Mai, Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885/87.** Eine Studie zur Herausbildung des Imperialismus in Deutschland. (Veröff. des Historischen Instituts der Ernst Moritz Arndt-Universität Greifswald, hrsg. von Johannes Schildhauer, Bd 1.) Rütten & Loening, Berlin 1962. 232 S. DM (Ost) 12,—.

Nach dem Kriege hat sich zunächst der polnische Historiker Adam Galos mit der preußischen Polenpolitik der 80er Jahre beschäftigt, allerdings nur in einem thematisch wie regional begrenzten Aufsatz: *Rugi pruskie na Górnym Śląsku (1885—1890)*. [Die preußischen Ausweisungen in Oberschlesien (1885—1890).] In: *Sobótka*, IX/1954, Heft 1, S. 56—107. J. Mai, ein Schüler von Eduard Winter, hat in seiner Dissertation „Die preußisch-deutsche Polenpolitik von 1885/86“ (Berlin 1957, Mskr.) das Thema aufgegriffen und es in dem vorliegenden Werk zeitlich um ein Jahr erweitert. Durch die Benutzung der Archive in Merseburg, Potsdam und Posen hat er wertvolle, bisher unerschlossene Quellen verwerten können. Auch das bearbeitete Schrifttum — darunter polnisches und russisches — sowie die herangezogenen Flugschriften zeigen, daß das Buch auf langjährigen fleißigen Studien beruht.

Doch schon das Vorwort, in dem sich der Geist der ganzen Arbeit offenbart, enttäuscht: es ist politisch. Übersieht man noch die gewohnten, durch das ganze Werk sich hindurchziehenden Zitate der „Klassiker des Marxismus-Leninismus“, so stößt man sich doch an der ganz und gar unsachlichen Darstellung. Immer wiederholen sich die Angriffe des Vfs. gegen den „reaktionären Charakter der junkerlich-bourgeois Herrschaftsschicht“ (S. 116), die „herrschende Junkerkaste“ (S. 22), die „Junkerhegemonie“ (S. 85), gegen die „Junkerbürokraten“

(S. 113) und ähnliche Wortbildungen. „Mit den brutalsten Mitteln junkerbürgerlicher Klassenjustiz“ (S. 104) wurde gegen die Polen und deutschen Sozialdemokraten vorgegangen, „sämtliche Register brutaler Unterdrückung, menschlicher Geringschätzung und eigener nationalistischer Überheblichkeit“ wurden gezogen (S. 118). Solche Polemik dürfte ohne Zweifel zu einer sehr einseitigen Beurteilung der preußischen Regierungsmaßnahmen führen. Der Leser gewinnt denn auch den Eindruck, als habe sich die preußische Polenpolitik — wenn nicht ausschließlich, so doch größtenteils — gegen das polnische Proletariat gewandt. Doch nicht gegen eine bestimmte soziale Klasse der Polen, sondern ganz allgemein gegen ihre Nationalität waren die preußischen Maßnahmen gerichtet! Während der Widerstand der polnischen Arbeiter immer wieder gelobt wird, bezeichnet Mai die Haltung des polnischen Adels und Bürgertums als „zweifelhaft und inkonsequent“ (S. 175). (Ein polnischer Graf verkauft Land an „seinen deutschen Klassenbruder Kennemann“, S. 151.)

Der Vf. glorifiziert geradezu den Widerstand der deutschen Sozialdemokraten gegen die preußische Polenpolitik und vermindert mit Absicht den Protest der bürgerlichen Parteien z. B. gegen die Ausweisungen. (Beim Zentrum und den Freisinnigen „verrauchten die Oppositionsenergien“, heißt es an einer anderen Stelle, S. 144.) Daß die Mehrheit des Reichstags wegen der Ausweisungen zum ersten Male seit 1871 die Politik Bismarcks verurteilt und daß ferner fast das ganze deutsche Volk diese Maßregel mißbilligt hat, wird viel zu wenig hervorgehoben. Bebel und Liebknecht nutzten „auf meisterhafte Art“ „die parlamentarische Bühne“ zur Vertretung der „nationalen Interessen des deutschen Volkes“ (S. 84), Windthorst, Möllers und Rickerts Verdienste dagegen werden geschmälert, Bamberger und Virchow gar nicht erwähnt. Kein Wort liest man ferner von den Einwänden und Warnungen jenes „gutsbesitzerlichen Staatshalters“ „der Junkerregierung“ (S. 49) in Westpreußen, des mutigen Oberpräsidenten v. Ernsthausem, dessen Schriftwechsel mit der Berliner Regierung der Vf. im Merseburger Archiv doch eingesehen haben dürfte! Da Mai der langen Vorgeschichte der Ausweisungen nicht nachgegangen ist, hat er die versteckte antisemitische Tendenz (gegen die eingewanderten ostjüdischen Händler und Handwerker) kaum festgestellt.

Von der Ansiedlungskommission sagt er, deren Zielstellung und Zusammensetzung „entlarven . . . die soziale Demagogie der Großagrarien“ (S. 149). An einer anderen Stelle heißt es: „Ähnlich wie den Bauern wollte man auch den deutschen Arbeiter vor den Karren des Gutsbesitzerregimes spannen“ (S. 125). Mit der Ansiedlungspolitik von 1886 beginnt nach seiner Meinung in Deutschland „die Periode des imperialistischen ‚Dranges nach dem Osten‘“ (S. 155), ein Schlagwort, das gleich in der zweiten Zeile des Vorwortes erscheint.

Ohne weiter ins einzelne zu gehen, seien noch folgende Bemerkungen erlaubt: Die verfassungsgeschichtliche Bedeutung der Reichstagssitzung vom 1. Dez. 1885 wird nicht hervorgehoben. — Bismarcks große Polenrede vom 28. Jan. 1886 — sehr wichtig für seine Haltung zur Polenfrage — wird zu spärlich behandelt. — Das politisch „gute Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland“ blieb nicht bestehen (S. 201), es hat sich vielmehr gerade durch die Ausweisungen wesentlich verschlechtert. — In der Kapitelüberschrift von S. 89 muß es heißen „Die Polenausweisungen von 1885/86“.

Lobend sei vermerkt, daß der Vf. dem Widerstand des polnischen Volkes gegen die preußischen Regierungsmaßnahmen weiten Raum widmet. Es hätte aber noch mehr polnische Presse herangezogen werden können, um das Echo auch bei den Polen im österreichischen und russischen Teilgebiet festzustellen. Ebenso dürften die Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und diejenigen im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien wesentlich zur Abrundung des Themas (Verwicklung von Innen- und Außenpolitik, Echo in Europa u. a.) beigetragen haben.

Die preußische Polenpolitik der Jahre 1885/87 ist wahrlich kein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen; eine derart einseitige und polemische Behandlung aber hat sie trotzdem nicht verdient.

Mainz

Helmut Neubach

**Felix-Heinrich Gentzen, Großpolen im Januaraufstand.** Das Großherzogtum Posen 1858—1864. (Schriftenreihe des Inst. für Allg. Geschichte an der Humboldt-Univ. Berlin, hrsg. von G. Schilfert, Bd 1.) Rütten & Loening, Berlin 1958. 328 S., 2 Faks., 2 Ktn. Geb. DM (Ost) 19,80.

Nach marxistischer Anschauung ist die gesamte Menschheitsgeschichte — von der Urgesellschaft bis zum „Sieg des Kommunismus“ — eine unablässig aus den herrschenden ökonomischen Verhältnissen entspringende, in wechselnden Formen sich vollziehende Folge von Klassenkämpfen, die in den geschichtlichen Ereignissen und Vorgängen zu erkennen, hervorzukehren und mit der amtlichen Geschichtstheorie in Einklang zu bringen Aufgabe des klassenbewußten Historikers ist.

Dieser geschichtsideologischen Forderung wird die vorliegende Leipziger Habilitationsschrift Gentzens, dessen linientreue Grundeinstellung auch aus anderen Äußerungen bekannt ist, vollauf gerecht; die östliche Nachkriegsflut von Abhandlungen über „revolutionäre Unruhen“ und Klassenkämpfe wird planvoll um eine weitere vermehrt. Unter dialektischer, die tatsächlichen Aussagen gelegentlich geradezu auf den Kopf stellender Quellenauslegung (die Quelle irrt dann oder ist offenbar klassenfeindlich), vielfachen Marx- und Engels-Zitaten und ununterbrochener Bemühung eines ebenso schwülstigen Vokabulars wie einer oft seltsam verkehrten Logik versucht der Vf. auf 260 Seiten den Nachweis zu führen, daß der Januaraufstand im Königreich Polen (1863/64) nicht nur ein internationaler Klassenkampf, eine Wende in der Geschichte der polnischen Nation und des sozialistischen Internationalismus war, sondern auch im preußischen Großherzogtum Posen begeisterten Widerhall und lebhafte Unterstützung bei den „werktätigen Massen“ fand, aber durch ein Komplott der vor der Volkswut um ihre privilegierte Stellung bangenden besitzenden Klassen (Klerus und Adel vor allem) mit den Teilungsmächten verraten wurde. Hinsichtlich der beiden letzteren Punkte geht aus den Quellen, ja z. T. schon aus den von G. zitierten Belegen, das genaue Gegenteil hervor.

Trotz umfänglicher Literatur- und Archivstudien, eines aufwendigen Apparates und starken — leider einseitig ausgewählten — Quellenanhangs bringt die Arbeit, von einigen Details abgesehen, so im wesentlichen keinen wissenschaftlichen Fortschritt, sondern erschöpft sich in der klassenkämpferischen Deutung der letzten bewaffneten Erhebung des geteilten Polen im 19. Jh., die,